

## Öffentliches Recht im Nebenfach

Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Europarecht mit Übungsfällen

Bearbeitet von  
Prof. Dr. Steffen Detterbeck

5. Auflage 2017. Buch. XXX, 322 S. Kartoniert  
ISBN 978 3 8006 5487 1  
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Vahlens Lernbücher

Detterbeck

Öffentliches Recht im Nebenfach



# **Öffentliches Recht im Nebenfach**

Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht,  
Europarecht mit Übungsfällen

von

Prof. Dr. Steffen Detterbeck

5., aktualisierte Auflage

Verlag Franz Vahlen München

**Prof. Dr. Steffen Detterbeck** lehrt Staats- und Verfassungsrecht an der Philipps-Universität Marburg und ist Richter am Hessischen Staatsgerichtshof.

ISBN 978 3 8006 5487 1

© 2017 Verlag Franz Vahlen GmbH, Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz: DTP-Vorlagen der Herausgeber

Druck und Bindung: Druckhaus Nomos

In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Umschlagsgestaltung: C. H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort

Dieses Buch wendet sich an alle Studenten, die das öffentliche Recht als Nebenfach belegt haben und entsprechende Prüfungen absolvieren müssen. Sämtliche prüfungsrelevante Teilgebiete des öffentlichen Rechts – Staatsrecht, Verfassungsprozessrecht, allgemeines Verwaltungsrecht, Verwaltungsprozessrecht und Europarecht – werden in diesem Buch behandelt. Allerdings darf von einem Buch dieses Zuschnitts nicht Vollständigkeit erwartet werden. Der Schwerpunkt liegt auf denjenigen Fragestellungen und Fallkonstellationen, die erfahrungsgemäß besonders prüfungsrelevant sind. Andere Gegenstände werden nur überblicksmäßig behandelt oder vollständig ausgeblendet. Über die Schwerpunktsetzung lässt sich naturgemäß streiten. Sie beruht primär auf meinen Erfahrungen, ist aber auch Ausdruck meiner persönlichen Vorstellungen und Vorlieben. Auch deshalb kann dieses Buch keine Vorlesungen oder Übungen ersetzen. Vielmehr empfiehlt es sich als begleitende Lektüre. Denn in den einschlägigen Lehrveranstaltungen wird zumeist gezielt auf die Prüfungen vorbereitet. Deshalb sollte jeder Student, der dieses Buch nach Maßgabe der stofflichen Vorgaben des Dozenten durcharbeitet, in der Lage sein, die anstehenden Prüfungen erfolgreich zu meistern.

Die Übungsfälle und Lösungen dienen zum einen der Wiederholung und Vertiefung des Lehrstoffes. Zum anderen dokumentieren sie exemplarisch, welche Fallkonstellationen und Probleme in Klausuren auftreten können und wie sie aufbaumäßig und argumentativ bewältigt werden können.

Es wird eine gemäßigte neue Rechtschreibung verwendet. Orthographische Grausamkeiten wie z.B. drei aufeinanderfolgende gleichlautende Konsonanten werden vermieden.

Hinweise, Anregungen und vor allem Verbesserungsvorschläge aus dem Leserkreis sind mir sehr willkommen. Sie erreichen mich unter folgender Adresse: Prof. Dr. Steffen Detterbeck, Institut für Öffentliches Recht, Philipps-Universität Marburg, Universitätsstraße 6, 35032 Marburg oder [detterbeck@staff.uni-marburg.de](mailto:detterbeck@staff.uni-marburg.de).

Marburg, im März 2017

*Steffen Detterbeck*



## **Inhaltsverzeichnis**

Vorwort .....	V
Verzeichnis der Übersichten und Prüfschemata .....	XXIII
Hinweise auf Gesetzessammlungen und Literatur .....	XXV
Abkürzungsverzeichnis .....	XXVII

## **Teil 1: Verfassungsrecht**

<b>Einführung</b> .....	1
<b>Erstes Kapitel: Staatsorganisationsrecht</b> .....	2
<b>§ 1 Das Bundesstaatsprinzip</b> .....	2
<b>§ 2 Das Rechtsstaatsprinzip</b> .....	3
I. Allgemeine Bedeutung .....	3
II. Einzelausprägungen des Rechtsstaatsprinzips .....	3
1. Normenhierarchie .....	3
a) Verfassungen .....	4
b) Formelle Gesetze .....	4
c) Rechtsverordnungen .....	4
d) Satzungen .....	5
e) Ungeschriebenes Recht .....	5
f) Rangordnung der Rechtsquellen .....	5
- Übersicht 1: Normenpyramide .....	5
2. Gewaltenteilung .....	6
3. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung .....	7
a) Vorrang des Gesetzes .....	7
b) Vorbehalt des Gesetzes .....	7
aa) Begriff .....	7
bb) Abgrenzungen .....	8
aaa) Wesentlichkeitstheorie .....	8
bbb) Parlamentsvorbehalt .....	8
ccc) Bestimmtheitsgrundsatz .....	8
cc) Reichweite des Vorbehalts des Gesetzes und Regelungsdichte .....	9
4. Verhältnismäßigkeitsprinzip .....	9
5. Vertrauensschutz – Rückwirkungsverbote .....	9
6. Weitere rechtsstaatliche Erfordernisse .....	11
7. Die Sicherung und Durchsetzung des Rechtsstaatsprinzips .....	11
- Übersicht 2: Rechtsstaatsprinzip .....	12



<b>§ 3 Das Demokratieprinzip</b>	12
I. Grundsätze	12
II. Die politischen Parteien	13
1. Allgemeine Bedeutung	13
2. Begriff und rechtlicher Status der Parteien	13
3. Das Parteienprivileg	14
III. Wahlen	15
1. Wahlrechtsgrundsätze	15
2. Die einfachgesetzliche Regelung der Bundestagswahlen	16
 <b>§ 4 Das republikanische und sozialstaatliche Prinzip und das Staatsziel Umwelt- und Tierschutz</b>	17
I. Das republikanische Prinzip	17
II. Das Sozialstaatsprinzip	17
III. Das Staatsziel Umwelt- und Tierschutz	18
 <b>§ 5 Der Bundestag</b>	18
I. Rechtsstellung und Funktionen	19
II. Wahlperiode (Amtsdauer)	19
III. Organisation	20
1. Geschäftsordnung	20
2. Organe, Hilfsorgane und Untergliederungen des Bundestages	21
a) Bundestagspräsident	21
b) Fraktionen und Gruppen im Bundestag	21
c) Ausschüsse	22
3. Die Abgeordneten	22
a) Statusrechte	22
b) Indemnität und Immunität	24
aa) Indemnität	24
bb) Immunität	25
 <b>§ 6 Der Bundesrat</b>	25
 <b>§ 7 Die Bundesregierung</b>	26
I. Zusammensetzung und Bildung	26
1. Der Bundeskanzler	26
2. Die Bundesminister	27
II. Aufgabenverteilung	28
1. Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers (Kanzlerprinzip), Art. 65 S. 1 GG	28
2. Ressortprinzip, Art. 65 S. 2 GG	28
3. Kollegialprinzip, Art. 65 S. 3, 4 GG	28
 <b>§ 8 Der Bundespräsident</b>	28

<b>§ 9 Gesetzgebung</b>	29
I. Gesetzgebungskompetenzen	29
1. Die Grundregel der Art. 30, 70 GG	29
2. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes	30
3. Konkurrierende Gesetzgebung	31
4. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	35
a) Bundeskompetenz kraft Natur der Sache	35
b) Bundeskompetenz kraft Sachzusammenhangs	35
5. Kompetenzrechtliche Standardprobleme	36
- Übersicht 3: Gesetzgebungskompetenzen	38
II. Gesetzgebungsverfahren	40
1. Einleitungsverfahren	40
2. Hauptverfahren	40
a) Der Gesetzesbeschluss im Bundestag	40
b) Die Unterscheidung zwischen Einspruchs- und Zustimmungsgesetzen	40
c) Das Zustandekommen von Gesetzen	42
aa) Einspruchsgesetze	42
bb) Zustimmungsgesetze	42
3. Abschlussverfahren	43
- Übersicht 4: Gesetzgebungsverfahren, Art. 76 ff. GG (Prüfschema)	43
4. Sonderproblem: Die Prüfungskompetenz des Bundespräsidenten	44
a) Formelles Prüfungsrecht	44
b) Formelle Prüfungspflicht	44
c) Materielles Prüfungsrecht	45
d) Materielle Prüfungspflicht	45
<b>§ 10 Verwaltung</b>	46
I. Begriff, Bedeutung und Abgrenzung	46
- Übersicht 5: Staatsgewalten	47
II. Die grundgesetzliche Verteilung der Verwaltungskompetenzen im Bund-Länder-Verhältnis	47
1. Grundsatz	47
2. Die Systematik der Art. 83 ff. GG	47
a) Die gesetzesakzessorische Verwaltung (Vollzug von Gesetzen)	47
aa) Landesgesetze	47
bb) Bundesgesetze	48
aaa) Landeseigener Vollzug	48
bbb) Auftragsverwaltung der Länder	48
ccc) Bundeseigener Vollzug	49
b) Die nicht gesetzesakzessorische (gesetzesfreie) Verwaltung	49

<b>§ 11 Rechtsprechung</b> .....	50
- Übersicht 6: Gerichtsbarkeiten .....	52
<b>Zweites Kapitel: Grundrechte</b> .....	53
<b>§ 12 Begriff und Bedeutung der Grundrechte</b> .....	53
I. Grundaussage .....	53
II. Der Standort der Grundrechte .....	53
III. Grundrechtsfunktionen .....	54
1. Multifunktionalität .....	54
2. Status-Lehre von Georg Jellinek .....	54
a) Status negativus .....	54
b) Status positivus .....	54
c) Status activus .....	55
3. Grundrechte als objektives Recht .....	55
4. Grundrechtliche Schutzpflichten des Staates .....	56
IV. Grundrechtsberechtigte .....	56
V. Grundrechtsverpflichtete .....	59
<b>§ 13 Aufbau einer Grundrechtsprüfung</b> .....	59
I. Eröffnung des Schutzbereichs .....	60
1. Sachlicher Schutzbereich .....	60
2. Personeller Schutzbereich .....	61
II. Eingriff in den Schutzbereich .....	62
- Übersicht 7: Grundrechtseingriff .....	64
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs .....	64
1. Existenz einer Grundrechtsschranke .....	64
2. Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes .....	65
3. Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes .....	66
a) Spezielle Anforderungen .....	66
b) Allgemeine Anforderungen – insbesondere	
Verhältnismäßigkeitsprinzip – .....	66
- Übersicht 8: Verhältnismäßigkeitsprinzip (Prüfschema) .....	70
c) Beachtung sonstigen Verfassungsrechts .....	70
- Übersicht 9: Grundrechtsmäßigkeit formeller Gesetze	
(Prüfschema) .....	71
<b>§ 14 Die einzelnen Grundrechte</b> .....	72
I. Menschenwürde, Art. 1 I GG .....	72
1. Schutzbereich .....	72
2. Eingriffe .....	72
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	73
II. Allgemeine Handlungsfreiheit, Art. 2 I GG .....	73
1. Schutzbereich .....	73
2. Eingriffe .....	74
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	74

4. Verhältnis zu anderen Grundrechten (Konkurrenzen) .....	74
III. Allgemeines Persönlichkeitsrecht, Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I GG .....	75
1. Schutzbereich .....	75
2. Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	76
IV. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit,	
Art. 2 II 1 GG .....	76
1. Schutzbereich .....	76
a) Recht auf Leben .....	76
b) Recht auf körperliche Unversehrtheit .....	76
2. Eingriffe und verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	76
V. Freiheit der Person, Art. 2 II 2, 104 GG .....	76
1. Schutzbereich .....	76
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen .....	77
VI. Gleichheitsrechte, Art. 3, 6 V, 33 I-III, 38 I 1 GG .....	77
1. Der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 I GG .....	77
a) Allgemeine Bedeutung .....	77
b) Prüfungsaufbau .....	77
- Übersicht 10: Art. 3 I GG (Prüfschema) .....	79
c) Bedeutung für Exekutive und Judikative .....	81
d) Besonderheiten .....	81
2. Spezielle Gleichheitssätze, Art. 3 II, III, 6 V, 33 I-III,	
38 I 1 GG .....	81
a) Verhältnis zu Art. 3 I GG .....	81
b) Art. 3 II, III GG .....	82
c) Art. 33 I-III GG .....	83
aa) Gleiche staatsbürgerliche Rechte und Pflichten,	
Art. 33 I GG .....	83
bb) Gleicher Zugang zum öffentlichen Dienst, Art. 33 II GG .....	83
VII. Glaubens-, Gewissensfreiheit und Recht auf Kriegsdienst-	
verweigerung, Art. 4 GG .....	83
1. Systematik .....	83
2. Glaubensfreiheit, Art. 4 I, II GG .....	84
a) Schutzbereich .....	84
b) Eingriffe .....	84
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	84
3. Gewissensfreiheit, Art. 4 I GG .....	85
4. Kriegsdienstverweigerungsrecht, Art. 4 III 1 GG .....	85
VIII. Die Grundrechte des Art. 5 GG .....	85
1. Meinungsfreiheit, Art. 5 I 1, 1. Alt. GG .....	85
a) Schutzbereich .....	85
b) Eingriffe .....	87
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	87
aa) Grundrechtsschranken .....	87
aaa) Allgemeine Gesetze (erste Schranke des Art. 5 II GG) ....	87
bbb) Gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der	
Jugend (zweite Schranke des Art. 5 II GG) .....	88

ccc) Recht der persönlichen Ehre (dritte Schranke des Art. 5 II GG) .....	89
ddd) Weitere Schranken .....	89
bb) Zensurverbot, Art. 5 I 3 GG .....	89
2. Informationsfreiheit, Art. 5 I 1, 2. Alt. GG .....	89
3. Pressefreiheit, Art. 5 I 2, 1. Var. GG .....	90
4. Rundfunkfreiheit, Art. 5 I 2, 2. Var. GG .....	90
5. Kunstfreiheit, Art. 5 III 1, 1. Alt. GG .....	90
6. Wissenschaftsfreiheit, Art. 5 III 1, 2. Alt. GG .....	91
IX. Schutz von Ehe und Familie, Art. 6 GG .....	92
1. Ehe und Familie, Art. 6 I GG .....	92
a) Ehe .....	92
b) Familie .....	92
2. Elternrecht, Art. 6 II, III GG .....	92
X. Schulwesen, Art. 7 GG .....	93
XI. Versammlungsfreiheit, Art. 8 GG .....	93
XII. Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit, Art. 9 GG .....	94
1. Vereinigungsfreiheit, Art. 9 I GG .....	94
2. Koalitionsfreiheit, Art. 9 III GG .....	95
XIII. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Art. 10 GG .....	95
1. Briefgeheimnis .....	95
2. Postgeheimnis .....	96
3. Fernmeldegeheimnis .....	96
XIV. Freizügigkeit, Art. 11 GG .....	96
XV. Berufsfreiheit, Art. 12 I GG .....	97
1. Schutzbereich .....	97
a) Übersicht .....	97
b) Begriff des Berufs .....	98
2. Eingriffe .....	98
3. Qualifizierung des Eingriffs .....	100
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	102
a) Gesetzliche Ermächtigungsgrundlage .....	102
b) Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes .....	102
c) Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes .....	103
- Übersicht 11: Art. 12 I GG (Prüfschema) .....	105
XVI. Unverletzlichkeit der Wohnung, Art. 13 GG .....	107
XVII. Eigentum, Art. 14 GG .....	108
1. Schutzbereich .....	108
a) Vermögenswerte Rechte jedenfalls des Privatrechts .....	108
b) Nutzung, Verfügung und Veräußerung .....	108
c) Nicht das Vermögen als solches .....	109
d) Keine bloßen Gewinn- und Erwerbschancen .....	109
e) Der eingerichtete und ausgeübte Gewerbebetrieb .....	110
f) Öffentlich-rechtliche vermögenswerte Rechte .....	112
2. Eingriffe .....	112
3. Qualifizierung des Eingriffs .....	113

a) Das Erfordernis der Abgrenzung von Inhalts- und Schrankenbestimmungen gegenüber Enteignungen .....	113
b) Formal-typologisierende Abgrenzung .....	113
c) Inhalts- und Schrankenbestimmung, Art. 14 I 2 GG .....	113
d) Enteignung, Art. 14 III GG .....	113
e) Konsequenzen und Fallanwendung .....	114
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	117
a) Inhalts- und Schrankenbestimmung .....	117
aa) Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes .....	117
bb) Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes .....	117
b) Enteignung .....	118
aa) Gemeinwohlbindung, Art. 14 III 1 GG .....	118
bb) Entschädigungsregelung, Art. 14 III 2, 3 GG .....	118
cc) Verhältnismäßigkeit .....	119
- Übersicht 12: Art. 14 GG (Prüfschema) .....	119
5. Sozialisierung, Art. 15 GG .....	120
XVIII. Petitionsrecht, Art. 17 GG .....	121
XIX. Rechtsweggarantie, Art. 19 IV GG .....	121
XX. Widerstandsrecht, Art. 20 IV GG .....	122
 <b>§ 15 Grundgesetzänderungen .....</b>	 122
 <b>Drittes Kapitel: Verfassungsgerichtsbarkeit .....</b>	 124
 <b>§ 16 Allgemeine Bedeutung .....</b>	 124
 <b>§ 17 Die Verfahrensarten im einzelnen .....</b>	 125
I. Organstreitverfahren, Art. 93 I Nr. 1 GG, § 13 Nr. 5, §§ 63 ff. BVerfGG .....	125
1. Parteifähigkeit (Antragsteller und Antragsgegner) .....	126
2. Angriffsgegenstand .....	127
3. Antragsbefugnis .....	127
4. Form und Frist .....	127
II. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 I Nr. 2 GG, § 13 Nr. 6, §§ 76 ff. BVerfGG .....	128
1. Antragsteller .....	128
2. Antragsgegenstand (Kontrollgegenstand) .....	128
3. Klarstellungsinteresse .....	129
4. Form und Frist .....	129
III. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 I Nr. 2a GG, § 13 Nr. 6a, §§ 76 II ff. BVerfGG .....	129
IV. Bund-Länder-Streit, Art. 93 I Nr. 3 GG, § 13 Nr. 7, §§ 68 ff. BVerfGG .....	130
1. Parteifähigkeit (Antragsteller und Antragsgegner) .....	130
2. Antragsgegenstand (Angriffsgegenstand) .....	130
3. Antragsbefugnis .....	130

4. Form und Frist.....	131
V. Verfassungsbeschwerde, Art. 93 I Nr. 4a GG, § 13 Nr. 8a, §§ 90 ff. BVerfGG .....	131
1. Beschwerdefähigkeit (Parteifähigkeit) .....	131
2. Prozessfähigkeit .....	132
3. Beschwerdegegenstand .....	132
4. Beschwerdebefugnis .....	133
a) Möglichkeit der Grundrechtsverletzung .....	133
b) Betroffenheit .....	133
aa) Selbst .....	133
bb) Gegenwärtig .....	134
cc) Unmittelbar .....	134
5. Rechtswegerschöpfung .....	136
a) Grundsatz .....	136
b) Ausnahmen .....	137
6. Grundsatz der allgemeinen Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde .....	137
a) Allgemeine Bedeutung .....	137
b) Fallanwendung .....	138
c) Entsprechende Geltung von § 90 II 2 BVerfGG .....	139
7. Form .....	141
8. Frist .....	141
VI. Kommunale Verfassungsbeschwerde, Art. 93 I Nr. 4b GG, § 13 Nr. 8a, §§ 91 ff. BVerfGG .....	141
1. Beschwerdefähigkeit .....	142
2. Beschwerdegegenstand .....	142
3. Beschwerdebefugnis .....	142
a) Möglichkeit der Verletzung von Art. 28 II GG .....	142
b) Betroffenheit .....	142
4. Rechtswegerschöpfung .....	142
5. Subsidiarität .....	143
VII. Konkrete Normenkontrolle, Art. 100 I GG, § 13 Nr. 11, §§ 80 ff. BVerfGG .....	143
1. Anhängiges Gerichtsverfahren .....	144
2. Vorliegen eines formellen und nachkonstitutionellen Gesetzes .....	144
3. Überzeugung des Gerichts von der Grundgesetzwidrigkeit des Ge- setzes (bzw. von der Bundesrechtswidrigkeit eines Landesgesetzes) .....	144
4. Entscheidungserheblichkeit .....	144
VIII. Einstweilige Anordnung, § 32 BVerfGG .....	145
- Übersicht 13: Bundesverfassungsgerichtliche Verfahrensarten (Prüfschema) .....	146

## Teil 2: Verwaltungsrecht

<b>Einführung .....</b>	<b>153</b>
<b>Erstes Kapitel: Allgemeines Verwaltungsrecht .....</b>	<b>154</b>
<b>§ 18 Begriff der Verwaltung, Rechtsquellen des Verwaltungsrechts und Verwaltungsorganisation .....</b>	<b>154</b>
I. Begriff der Verwaltung .....	154
II. Rechtsquellen des Verwaltungsrechts .....	154
III. Verwaltungsorganisation .....	155
1. Unmittelbare und mittelbare Staatsverwaltung .....	155
2. Träger der Verwaltung – Juristische Personen des öffentlichen Rechts .....	155
<b>§ 19 Das subjektive öffentliche Recht .....</b>	<b>156</b>
<b>§ 20 Das Verwaltungshandeln – Handlungsformen .....</b>	<b>157</b>
I. Der Verwaltungsakt .....	157
1. Begriffsbestimmung .....	157
a) Behörde .....	158
b) Hoheitliche Maßnahme .....	158
c) Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts .....	158
d) Regelung .....	158
e) Einzelfall .....	159
f) Unmittelbare Rechtswirkung nach außen (Außenwirkung) .....	159
2. Bestandskraft von Verwaltungsakten .....	160
3. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen .....	161
4. Folgen des rechtswidrigen Verwaltungsakts .....	161
a) Nichtigkeit .....	161
b) Anfechtbarkeit .....	162
5. Aufhebung von Verwaltungsakten, §§ 48-50 VwVfG .....	162
a) Allgemeines .....	162
- Übersicht 14: Aufhebung von Verwaltungsakten .....	163
b) Rücknahme rechtswidriger belastender Verwaltungsakte .....	163
c) Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakte .....	164
aa) Rücknahmeverbot nach § 48 II VwVfG .....	164
- Übersicht 15: Rücknahmeverbot gem. § 48 II VwVfG (Prüfschema) .....	164
bb) Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakte nach § 48 I 1, III VwVfG .....	166
aaa) Rücknahme nach § 48 I 1 VwVfG .....	166
bbb) Ausgleichsanspruch nach § 48 III VwVfG .....	166
cc) Rücknahmefrist des § 48 IV VwVfG .....	167



d) Widerruf rechtmäßiger belastender Verwaltungsakte .....	167
e) Widerruf rechtmäßiger begünstigender Verwaltungsakte .....	167
f) Erstattungspflicht nach § 49a VwVfG .....	169
g) Rechtsschutz .....	169
6. Wiederaufgreifen des Verfahrens, § 51 VwVfG .....	170
a) Bedeutung von § 51 VwVfG .....	170
b) Rechtsschutzfragen .....	171
- Übersicht 16: Wiederaufgreifen des Verfahrens nach § 51 VwVfG (Prüfschema) .....	171
II. Öffentlich-rechtlicher Vertrag .....	173
1. Begriffsmerkmale .....	173
a) Vertrag .....	173
b) Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts .....	173
c) Begründung, Änderung oder Aufhebung eines Rechtsverhältnisses .....	173
2. Vertragsarten .....	173
a) Subordinationsrechtliche und koordinationsrechtliche Verträge ...	173
b) Vergleichsverträge, § 55 VwVfG .....	174
c) Austauschverträge, § 56 VwVfG .....	174
3. Nichtigkeit öffentlich-rechtlicher Verträge .....	175
a) Unterscheidung zwischen Rechtswidrigkeit und Nichtigkeit .....	175
b) Nichtigkeitsgründe des § 59 II VwVfG .....	175
c) Nichtigkeitsgründe des § 59 I VwVfG .....	176
d) Folgen der Nichtigkeit .....	177
III. Realakte .....	177
1. Begriff und Abgrenzungen .....	177
2. Rechtmäßigkeit .....	177
IV. Verwaltungsvorschriften .....	178
<b>§ 21 Ermessen, Beurteilungsspielraum und unbestimmter Rechtsbegriff</b> ..	179
I. Gebundene und nichtgebundene Verwaltung .....	179
II. Ermessen .....	179
1. Gesetzliche Einordnung .....	179
- Übersicht 17: Gebundene Verwaltung – Ermessensverwaltung .....	180
2. Einräumung von Ermessen .....	180
3. Grenzen des Ermessen .....	180
a) Gesetzliche Vorgaben .....	180
b) Fallgruppen .....	181
aa) Ermessensnichtgebrauch (Ermessensunterschreitung) .....	181
bb) Ermessensüberschreitung .....	181
cc) Ermessensfehlgebrauch .....	181
dd) Verstoß gegen Grundrechte und allgemeine Rechtsgrundsätze .....	182
ee) Missachtung einer Ermessensreduzierung auf Null .....	182
4. Gerichtlicher Rechtsschutz .....	182
a) Anfechtungsklage .....	182

b) Verpflichtungsklage .....	182
III. Unbestimmter Rechtsbegriff .....	183
1. Bedeutung .....	183
2. Gesetzliche Einordnung .....	183
3. Unbestimmte Rechtsbegriffe ohne Beurteilungsspielraum .....	184
4. Unbestimmte Rechtsbegriffe mit Beurteilungsspielraum (Fallgruppen) .....	184
a) Prüfungs- und prüfungsähnliche Entscheidungen .....	184
b) Beamtenrechtliche Beurteilungen .....	185
c) Werturteile fachkundig zusammengesetzter Gremien .....	185
d) Prognose- und Risikoentscheidungen, insbesondere im Umwelt- und Wirtschaftsrecht .....	185
5. Grenzen des Beurteilungsspielraums und gerichtliche Kontrolle – Vergleich mit der Ermessensproblematik .....	185
<b>§ 22 Privatrechtliches Handeln der Verwaltung .....</b>	<b>186</b>
<b>Zweites Kapitel: Verwaltungsprozessrecht .....</b>	<b>189</b>
<b>Einführung .....</b>	<b>189</b>
<b>§ 23 Die verwaltungsgerichtlichen Klagearten .....</b>	<b>190</b>
I. Allgemeine (gemeinsame) Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	190
1. Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges .....	190
a) Aufdrängende Sonderzuweisungen .....	190
b) Die allgemeine Rechtswegbestimmung des § 40 I VwGO .....	191
aa) Öffentlich-rechtliche Streitigkeit .....	191
bb) Nichtverfassungsrechtliche Streitigkeit .....	194
cc) Keine anderweitige gesetzliche Zuweisung .....	195
2. Richtiger Beklagter, § 78 VwGO .....	195
3. Beteiligungsfähigkeit, § 61 VwGO .....	196
4. Prozessfähigkeit, § 62 VwGO .....	196
II. Die Anfechtungsklage .....	197
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	197
a) Statthaftigkeit .....	197
b) Klagebefugnis .....	197
c) Vorverfahren .....	198
d) Klagefrist, § 74 VwGO .....	198
2. Begründetheit .....	198
III. Verpflichtungsklage .....	198
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	198
a) Statthaftigkeit .....	198
b) Klagebefugnis .....	198
c) Vorverfahren .....	199
d) Klagefrist .....	199
2. Begründetheit .....	199

IV. Allgemeine Leistungsklage .....	200
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	200
a) Statthaftigkeit .....	200
b) Klagebefugnis .....	200
c) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	201
2. Begründetheit .....	201
V. Feststellungsklage .....	201
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	201
a) Statthaftigkeit .....	201
b) Subsidiarität .....	202
c) Feststellungsinteresse .....	202
d) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	203
2. Begründetheit .....	203
VI. Normenkontrolle .....	203
1. Allgemeines .....	203
2. Statthaftigkeit .....	204
3. Begründetheit .....	204
- Übersicht 18: Aufbau einer verwaltungsgerichtlichen Klage (Prüf-	
schema) .....	204
<b>§ 24 Sonderformen des Rechtsschutzes .....</b>	<b>207</b>
I. Fortsetzungsfeststellungsklage nach § 113 I 4 VwGO.....	207
II. Vorläufiger Rechtsschutz nach §§ 80 f., 123 VwGO.....	208
<b>Drittes Kapitel: Staatshaftungsrecht .....</b>	<b>209</b>
<b>Einführung .....</b>	<b>209</b>
<b>§ 25 Die wichtigsten Haftungsinstitute .....</b>	<b>209</b>
I. Amtshaftungsanspruch, § 839 BGB, Art. 34 GG .....	209
1. Handeln (Unterlassen) in Ausübung eines öffentlichen Amtes .....	209
2. Verletzung einer drittgerichteten Amtspflicht .....	210
a) Amtspflicht .....	210
b) Drittrichtung der Amtspflicht .....	210
c) Verstoß gegen die Amtspflicht .....	211
3. Verschulden .....	211
4. Schaden .....	211
5. Kausalität .....	211
6. Kein Haftungsausschluss .....	212
a) Subsidiaritätsklausel (Verweisungsprivileg) des § 839 I 2 BGB ..	212
b) Spruchrichterprivileg des § 839 II BGB .....	212
c) Nichtergreifen von Rechtsbehelfen, § 839 III BGB .....	212
7. Art und Umfang des Schadensersatzes .....	212
8. Der haftende Hoheitsträger .....	213
9. Rechtsweg .....	213

- Übersicht 19: Amtshaftung, § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG (Prüfschema) .....	213
II. Entschädigung für Eigentumseingriffe .....	214
1. Anspruch auf Enteignungsentschädigung .....	214
a) Öffentlich-rechtliches Handeln .....	215
b) Eigentumseingriff .....	215
c) Hoheitlicher Rechtsakt mit Enteignungscharakter .....	215
d) Gemeinwohlinteresse .....	215
e) Gesetzliche Entschädigungsregelung .....	215
f) Rechtmäßigkeit des Eigentumseingriffs im übrigen .....	216
g) Art und Umfang der Entschädigung .....	216
h) Rechtsweg .....	216
2. Anspruch aus enteignungsgleichem Eingriff .....	216
a) Begriff und Rechtsgrundlage .....	216
b) Öffentlich-rechtliches Handeln .....	216
c) Eigentumseingriff .....	217
d) Unmittelbarkeit des Eingriffs und der Eingriffsfolgen .....	217
e) Rechtswidrigkeit .....	218
f) Sonderopfer .....	218
g) Gemeinwohlbezug .....	218
h) Ausschluss für legislatives Unrecht .....	218
i) Rechtsgedanke des § 254 BGB .....	219
aa) Vorrang des Primärrechtsschutzes .....	219
bb) Sonstiges Mitverschulden .....	220
j) Art und Umfang der Entschädigung .....	220
k) Rechtsweg .....	220
3. Anspruch aus enteignendem Eingriff .....	220
a) Begriff und Rechtsgrundlage .....	220
b) Öffentlich-rechtliches Handeln, Eigentumseingriff, Unmittelbarkeit .....	221
c) Rechtmäßigkeit des öffentlich-rechtlichen Handelns .....	221
d) Sonderopfer .....	221
- Übersicht 20: Entschädigungsansprüche für Eigentumseingriffe (Prüfschema) .....	221
III. Aufopferungsansprüche .....	222
IV. Folgenbeseitigungsanspruch .....	223
1. Begriff .....	223
2. Rechtsgrundlage .....	223
3. Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen .....	223
a) Öffentlich-rechtliches Handeln .....	223
b) Rechtseingriff .....	223
c) Unmittelbarkeit der Folgen .....	223
d) Rechtswidrigkeit der Folgen .....	224
e) Rechtsgrundlosigkeit der Folgen .....	224
f) Möglichkeit der Folgenbeseitigung .....	225
g) Zumutbarkeit der Folgenbeseitigung .....	225

h) Rechtsgedanke des § 254 BGB .....	225
i) Prinzipieller Ausschluss von Folgenentschädigung .....	226
4. Prozessuale Durchsetzung .....	226
- Übersicht 21: Folgebeseitigungsanspruch (Prüfschema) .....	227
V. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch .....	227
1. Begriff .....	227
2. Rechtsgrundlage .....	228
3. Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen .....	228
a) Vermögensverschiebung .....	228
b) Öffentlich-rechtliche Rechtsbeziehung .....	228
c) Ohne Rechtsgrund .....	228
d) Erstattungsumfang .....	229
e) Kein Ausschluss des öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs .....	229
4. Prozessuale Durchsetzung .....	229
- Übersicht 22: Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch (Prüfschema) .....	230
VI. EU-rechtlicher Staatshaftungsanspruch .....	230
1. Ausgangssituation .....	230
2. Begriff und Rechtsgrundlage .....	231
3. Anspruchsstruktur .....	231
4. Tatbestandsvoraussetzungen und Anspruchsaufbau .....	232
- Übersicht 23: EU-rechtlicher Staatshaftungsanspruch (Prüfschema) .....	232

### Teil 3: Europarecht

<b>§ 26 Das institutionelle Fundament der EU-Rechtsordnung .....</b>	<b>235</b>
I. Die Europäische Union (EU) .....	235
- Übersicht 24: Die Europäische Union und die Europäische Atomgemeinschaft .....	236
II. Die Organe und weitere Institutionen der EU .....	236
1. Die EU-Organe .....	236
a) Das Europäische Parlament , Art. 13, 14 EUV, Art. 223 ff. AEUV .....	236
b) Der Europäische Rat, Art. 13, 15 EUV, Art. 235 f. AEUV .....	237
c) Der Rat, Art. 13, 16 EUV, Art. 237 ff. AEUV .....	237
d) Die Kommission, Art. 13, 17 EUV, Art. 244 ff. AEUV .....	238
e) Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), Art. 13, 19 EUV, Art. 251 ff. AEUV .....	238
f) Die Europäische Zentralbank (EZB), Art. 13 EUV, Art. 282 ff. AEUV .....	238
g) Der Rechnungshof, Art. 13 EUV, Art. 285 ff. AEUV .....	238
2. Weitere Institutionen der EU .....	238

a) Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Art. 18, 27 EUV .....	238
b) Die Europäische Investitionsbank (EIB), Art. 308 f. AEUV .....	239
c) Ausschüsse, Art. 13 IV EUV, Art. 300 ff. AEUV .....	239
- Übersicht 25: Die Organe und weitere Institutionen der EU .....	239
<b>§ 27 Die Rechtsquellen und Rechtsakte des EU-Rechts .....</b>	<b>241</b>
I. Primäres EU-Recht .....	241
1. Die Gründungsverträge .....	241
2. Die EU-Grundrechte .....	241
3. Die gewohnheitsrechtlichen Rechtssätze und allgemeinen Rechtsgrundsätze des EU-Rechts .....	241
4. Rechtswirkung .....	241
II. Sekundäres EU-Recht .....	242
1. Verordnungen, Art. 288 II AEUV .....	242
2. Richtlinien, Art. 288 III AEUV .....	242
3. Beschlüsse, Art. 288 IV AEUV .....	243
4. Empfehlungen und Stellungnahmen, Art. 288 V AEUV .....	243
- Übersicht 26: Sekundäres EU-Recht, Art. 288 AEUV .....	243
<b>§ 28 Die Europäischen Grundrechte .....</b>	<b>244</b>
<b>§ 29 Die Grundfreiheiten .....</b>	<b>245</b>
<b>§ 30 Rechtsschutz durch den EuGH – Rechtsschutz durch die     deutschen Gerichte .....</b>	<b>247</b>
I. Allgemeines .....	247
II. Die wichtigsten EuGH-Verfahren im Überblick .....	249
1. Vertragsverletzungsverfahren, Art. 258, 259 AEUV .....	249
2. Nichtigkeitsklage, Art. 263 AEUV .....	249
3. Amtshaftungsklage, Art. 268 i.V.m. Art. 340 II AEUV .....	249
4. Vorabentscheidungsverfahren, Art. 267 AEUV .....	249
a) Zulässigkeit einer Vorlage .....	250
aa) Vorlageberechtigte .....	250
bb) Vorlagegegenstand (Vorlagefrage) .....	250
cc) Vorlagerecht und Vorlagepflicht .....	250
aaa) Vorlagerecht .....	250
bbb) Vorlagepflicht .....	250
b) Die Entscheidung über die Vorlage durch den EuGH .....	251
- Übersicht 27: Die wichtigsten EuGH-Verfahrensarten .....	252
<b>§ 31 Anwendungsvorrang des EU-Rechts .....</b>	<b>253</b>

**Teil 4: Übungsfälle**

Fall 1: Schwierige Bundeskanzlerwahlen .....	257
Fall 2: Das Bundesnichtraucherschutzgesetz .....	261
Fall 3: Zustimmungspflichtiges oder nicht zustimmungspflichtiges Pflichtexemplargesetz? .....	267
Fall 4: Ärger im Bundestag .....	273
Fall 5: Landwirt Maxelmoser .....	281
Fall 6: Kein Erbarmen mit Kampfhunden .....	289
Fall 7: Kampf den Pfunden .....	297
Fall 8: Ein trinkfester Amtsinspektor .....	305
Fall 9: Es lebe der Sport .....	311
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>319</b>

## Verzeichnis der Übersichten und Prüfschemata

Seite

1: Normenpyramide .....	5
2: Rechtsstaatsprinzip .....	12
3: Gesetzgebungskompetenzen .....	38
4: Gesetzgebungsverfahren, Art. 76 ff. GG (Prüfschema) .....	43
5: Staatsgewalten .....	47
6: Gerichtsbarkeiten .....	52
7: Grundrechtseingriff .....	64
8: Verhältnismäßigkeitsprinzip (Prüfschema) .....	70
9: Grundrechtsmäßigkeit formeller Gesetze (Prüfschema) .....	71
10: Art. 3 I GG (Prüfschema) .....	79
11: Art. 12 I GG (Prüfschema) .....	105
12: Art. 14 GG (Prüfschema) .....	119
13: Bundesverfassungsgerichtliche Verfahrensarten (Prüfschema) .....	146
14: Aufhebung von Verwaltungsakten .....	163
15: Rücknahmeverbot gem. § 48 II VwVfG (Prüfschema) .....	164
16: Wiederaufgreifen des Verfahrens nach § 51 VwVfG (Prüfschema) .....	171
17: Gebundene Verwaltung - Ermessensverwaltung .....	180
18: Aufbau einer verwaltungsgerichtlichen Klage (Prüfschema) .....	204
19: Amtshaftung, § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG (Prüfschema) .....	213
20: Entschädigungsansprüche für Eigentumseingriffe (Prüfschema) .....	221
21: Folgenbeseitigungsanspruch (Prüfschema) .....	227
22: Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch (Prüfschema) .....	230
23: EU-rechtlicher Staatshaftungsanspruch (Prüfschema) .....	232
24: Die Europäische Union und die Europäische Atomgemeinschaft .....	236
25: Die Organe und weitere Institutionen der EU .....	239
26: Sekundäres EU-Recht, Art. 288 AEUV .....	243
27: Die wichtigsten EuGH-Verfahrensarten .....	253





## **Hinweise auf Gesetzessammlungen und Literatur**

Die nachfolgenden Hinweise enthalten kein Werturteil über die wissenschaftliche Qualität der Literatur. Vielmehr orientieren sie sich an den Bedürfnissen der Zielgruppe dieses Buches. Die Hinweise beschränken sich deshalb auf einige wenige Bücher zu den verschiedenen Rechtsgebieten des öffentlichen Rechts. Sie sind aus meiner Sicht für Nebenfachstudenten, die an weiterführenden Informationen zu einzelnen Rechtsfragen interessiert sind, besonders geeignet. Eine umfangreiche Literaturauswahl findet sich in *Steffen Detterbeck*, Öffentliches Recht, 10. Aufl. 2015.

### **I. Gesetzestexte**

Unabdingbare Grundvoraussetzung für die Arbeit mit diesem und mit anderen Büchern sowie für eine sinnvolle Teilnahme an Lehrveranstaltungen ist der Besitz der einschlägigen Gesetzestexte. Besonders empfehlenswert ist die nachfolgend genannte Gesetzessammlung. Sie ist die preiswerteste und enthält alle wichtigen Gesetze zum öffentlichen Recht.

*Basistexte Öffentliches Recht*: Staatsrecht, Verwaltungsrecht, Europarecht, dtv.

### **II. Staatsrechtliche Literatur**

*Christoph Gröpl*, Staatsrecht I, 8. Aufl. 2016 (Staatsorganisationsrecht)

*Gerrit Manssen*, Staatsrecht II: Grundrechte, 13. Aufl. 2016

*Hartmut Maurer*, Staatsrecht I, 6. Aufl. 2010 (Staatsorganisationsrecht)

*Friedhelm Hufen*, Staatsrecht II, 5. Aufl. 2016 (Grundrechte)

*Hans Jarass/Bodo Pieroth*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, 14. Aufl. 2016

*Michael Sachs*, Grundgesetz, Kommentar, 8. Aufl. 2017

### **III. Verwaltungsrechtliche Literatur**

*Steffen Detterbeck*, Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungsprozessrecht, 15. Aufl. 2017

*Hartmut Maurer*, Allgemeines Verwaltungsrecht, 18. Aufl. 2011

*Ferdinand O. Kopp/Ulrich Ramsauer*, Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar, 17. Aufl. 2016

*Ferdinand O. Kopp/Wolf-Rüdiger Schenke*, Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, 22. Aufl. 2016

**IV. Europarechtliche Literatur**

*Alexander Thiele*, Europarecht, 13. Aufl. 2016

*Andreas Haratsch/Christian Koenig/Matthias Pechstein*, Europarecht, 10. Aufl. 2016

*Matthias Herdegen*, Europarecht, 18. Aufl. 2016

*Rudolf Geiger/Daniel-Erasmus Khan/Markus Kotzur*, EUV, AEUV – Kommentar, 6. Aufl. 2016

**V. Rechtsgebietsübergreifende Literatur**

*Steffen Detterbeck*, Öffentliches Recht. Ein Basislehrbuch zum Staatsrecht, Verwaltungsrecht und Europarecht mit Übungsfällen, 10. Aufl. 2015

*Helge Sodan/Jan Ziekow*, Grundkurs Öffentliches Recht, 7. Aufl. 2016